



Bundesministerin für
Frauen und Integration

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.003.382

Wien, am 11. Februar 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Dezember 2019 unter der Nr. **345/J** an meine Amtsvorgängerin, die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend im Bundeskanzleramt, eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Maßnahmen zur Gewaltprävention und Gewaltschutz für Frauen und Mädchen“ gerichtet.

Bevor ich diese Anfrage nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworte, darf ich darauf hinweisen, dass mir aus dem Zuständigkeitsbereich meiner Amtsvorgängerin gemäß der Entschließung des Bundespräsidenten vom 29. Jänner 2020, BGBl. II Nr. 18/2020, nur die Angelegenheiten der Frauen und Gleichstellung übertragen sind:

Zu Frage 1:

- *Welche Abteilung/en ist/sind in Ihrem Ressort konkret für Gewaltschutz zuständig?*

Gemäß der Geschäftseinteilung des Bundeskanzleramtes liegt die fachliche Zuständigkeit für Gewaltschutz für Frauen und Mädchen vorrangig bei der Abteilung III/4 (Gewaltprävention und frauenspezifische Legistik). Der Schutz von Frauen vor Gewalt ist aber auch zentrales Thema der Projektförderung, für die die Abteilung III/2 (Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltungsmanagement, Frauenprojektförderung) zuständig ist. Bezüglich einzelner Aspekte des Themas Gewalt

gegen Frauen und Mädchen besteht eine (Mit-)Zuständigkeit auch anderer Fachabteilungen der Sektion für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung, wie z.B. Gewalt gegen Migrantinnen (Abteilung III/5) oder Hass im Netz (Abteilung III/3).

Zu Frage 2:

- *Welche konkreten Gewalt- und Opferschutzmaßnahmen werden in Ihrem Ressort gesetzt? Bitte um detaillierte Auflistung der einzelnen Maßnahmen, welche Expertinnen und Experten beigezogen wurden und bis wann die jeweilige Maßnahme umgesetzt werden soll.*

Der Schwerpunkt der in meinem Ressort gesetzten Maßnahmen liegt auf der (Mit-)Finanzierung zahlreicher gewaltspezifischer Beratungsstellen und Einrichtungen, insbesondere

- der rund um die Uhr erreichbaren Helpline,
- der Gewaltschutzzentren und der Interventionsstelle Wien für Betroffene von häuslicher Gewalt,
- der Frauenberatungsstellen bei sexueller Gewalt,
- der Beratungsstelle sowie der Notwohnung für von Zwangsheirat bedrohte oder betroffene Frauen und Mädchen,
- der Notwohnungen und der Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel sowie
- von Frauenhäusern.

Zahlreiche mitgeförderte Frauenberatungsstellen und Frauenservicestellen bieten ebenfalls österreichweit Beratung bei Gewaltbetroffenheit an.

Insbesondere sind nunmehr die finanziellen Mittel für den Aufbau von Frauenberatungsstellen bei sexueller Gewalt in Niederösterreich, im Burgenland, in Vorarlberg und in Kärnten bereitgestellt worden und steht somit von sexueller Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen erstmals in jedem Bundesland eine spezialisierte Einrichtung zur Verfügung.

Im Übrigen darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfragen Nr. 3549/J vom 15. Mai 2019, Nr. 16/J vom 23. Oktober 2019 und Nr. 102/J vom 13. November 2019 verweisen.

Zu Frage 3:

- *Gibt es zur Umsetzung der Maßnahmen eine Bundesministerien übergreifende Zusammenarbeit?*
Wenn ja, wie sieht diese aus?
Wenn nein, warum nicht?

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres finanziert das Bundeskanzleramt (Sektion für Frauenangelegenheiten und Gleichstellung) jeweils zu 50 Prozent in jedem Bundesland ein Gewaltschutzzentrum (GSZ, in Wien „Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie“ genannt) und die in Wien angesiedelte Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel (IBF) sowie eine Notwohnung für von Zwangsheirat betroffene Mädchen und junge Frauen.

Zur ressort- und institutionenübergreifenden Kooperation arbeitet die interministerielle Arbeitsgruppe „Schutz von Frauen vor Gewalt“ unter der Leitung der Sektion III im Bundeskanzleramt, in der die relevanten Bundesministerien, alle Bundesländer und zentrale NGOs vertreten sind. Sie dient dem bundesweiten und institutionenübergreifenden Fachaustausch sowie der Unterstützung und Beobachtung von relevanten Maßnahmen.

Auch zur Prozessbegleitung besteht eine Kooperation mit dem Justizressort: Einerseits werden standardisierte Lehrgänge für psychosoziale Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter angeboten, die vom Bundeskanzleramt ko-finanziert werden. Andererseits wurden in einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Justizressorts und Einbindung des Bundeskanzleramtes verbindliche Standards für Prozessbegleitung erarbeitet, die aktuell im Bundesministerium für Justiz intern begutachtet werden. In der Folge sollen sie in Form einer Verordnung erlassen werden.

Zu Frage 4:

- *Wie hoch sind die budgetären Mittel und personellen Ressourcen jeweils für Opferschutz und Gewaltprävention in Ihrem Ressort? (budgetiert/tatsächlich aufgewendet) Bitte um jeweils Aufschlüsselung für die Jahre 2017, 2018 und 2019. Bitte um Bekanntgabe, ob es sich dabei um einmalige Projekte oder laufende Mittel handelte.*

Wie in der parlamentarischen Anfrage Nr. 16/J vom 23. Oktober 2019 mitgeteilt, sind die Prävention und der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt sowohl im privaten Zuhause als auch im öffentlichen Raum ein Schwerpunkt der politischen Maßnahmen im Bereich „Frauenangelegenheiten und Gleichstellung“. Dieser spiegelt sich in der Verteilung der Budgetmittel wieder: Laut Bundesvoranschlag standen für den Bereich Frauenangelegenheiten und Gleichstellung 2017 bis 2019 jeweils ein Betrag von 10.150.000 Euro zur Verfügung, der größtenteils für Mädchen- und Frauenberatungseinrichtungen und spezifische Frauenprojekte für den Bereich Gewaltschutz, insbesondere zur anteiligen Finanzierung der Gewaltschutzzentren, aufgewendet wurde.

Eine umfangreiche Darstellung der für die Bekämpfung von Gewalt zur Verfügung gestellten Budgetmittel ist in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3549/J vom 15. Mai 2019 enthalten, auf die ich in diesem Zusammenhang verweisen darf.

An personellen Ressourcen stehen den Fachabteilungen III/2 (Öffentlichkeitsarbeit, Verwaltungsmanagement, Frauenprojektförderung) und III/4 (Gewaltprävention und Frauenspezifische Legistik) insgesamt 14 Expertinnen zur Verfügung, die bedarfsgerecht zur Gänze oder zumindest teilweise für den Gewaltbereich eingesetzt werden. Weitere, nicht bezifferbare Ressourcen werden von den Abteilungen III/3 (Gleichbehandlung in der Privatwirtschaft und im Bundesdienst) und III/5 (Frauenservice, Budget- und Parlamentskoordination) aufgewendet; darüber hinaus wird im Bedarfsfall insbesondere bei Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf die entsprechenden Fachabteilungen des Hauses zurückgegriffen.

Für den Bereich Integration kann folgende Stellungnahme abgegeben werden:

Im Jahr 2017 wurden für Projekte, die der Thematik Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zuzuordnen sind, auf den Finanzpositionen 1-7660.901 und 1-7660.913 in Höhe von 734.423,85 Euro als Förderung budgetiert.

Im Jahr 2018 wurden für Projekte, die der Thematik Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zuzuordnen sind, auf den Finanzpositionen 1-7660.901 und 1-7660.913 in Höhe von 652.995,00 Euro als Förderung budgetiert.

Im Jahr 2019 wurden für Projekte, die der Thematik Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt zuzuordnen sind, auf den Finanzpositionen 1-7660.901 und 1-7660.913 in Höhe von 899.442,94 Euro als Förderung budgetiert.

Alle Projekte finden sich auf folgender Homepage: <https://www.bmeia.gv.at/integration/projektfoerderung/foerderschwerpunkte/>.

Zu Frage 5:

- *Gab es Projekte, die aufgrund unzureichender Finanzierung nicht durchgeführt oder nicht in der geplanten Art durchgeführt werden konnten? Um welchen Fehlbetrag handelte es sich? Welche Projekte waren konkret betroffen? Wie hoch müsste das Budget sein, damit Gewaltschutzmaßnahmen ausreichend abgedeckt sind? Bitte um die Gesamtsumme und um Aufschlüsselung nach den einzelnen Maßnahmen.*

Im Jahr 2019 konnte das Angebot im Gewaltbereich aufrechterhalten werden. Darüber hinausgehende Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts.

Zu Frage 6:

- *Auf welchen Verrechnungskonten (lt. Verzeichnis der veranschlagten Konten) werden Ausgaben für Opferschutz und Gewaltprävention in Ihrem Zuständigkeitsbereich jeweils verbucht? Bitte um Auflistung nach den Jahren 2017, 2018 und 2019 und Finanzierung. Welche finanziellen Mittel sowie personelle oder andere Ressourcen würde es dafür brauchen?*

Im Detailbudget 10.02.01 Frauenangelegenheiten und Gleichstellung werden die Ausgaben für den Opferschutz und Gewaltprävention unter den Konten 7270 000 16 Werkleistungen durch Dritte und 7660 000 16 Zuschüsse für laufenden Aufwand an private Institutionen verbucht. Zur Frage nach der Finanzierung verweise ich auf die Antwort zu Frage 4. Für den Bereich Integration verweise ich ebenfalls auf die Antwort zu Frage 4.

Zu den Fragen 7 und 8:

- *Welche Projekte werden im Jahr 2020 unterstützt?*
- *Wie sieht die Finanzierung dieser Projekte aus?*

Aufgrund der vorzeitigen Beendigung der Legislaturperiode hat die Bundesregierung kein reguläres Budget für 2020 eingebracht. Im Budgetprovisorium gelten die Auszahlungsobergrenzen des Jahres 2019 weiter. Das Budget 2020 wird derzeit vom Bundesministerium für Finanzen in Abstimmung mit allen Ressorts erstellt. Es wird die finanzielle Grundlage für die vielfachen Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz für Frauen und Mädchen im Jahr 2020 bilden.

MMag. Dr. Susanne Raab

